

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit
mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit
und Sonntagsbeilage Feierabend

Verlagspreis:
Hauptstadt Dresden mit 2 Beilagen vierteljährlich 2,10 M. In
Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2,50 M.; in
Oesterreich 4,48 K.
Hauptstadt Dresden mit 2 Beilagen vierteljährlich 1,40 M. In
Dresden und ganz Deutschland frei Haus 1,70 M.; in
Oesterreich 4,07 K. — Einzelnummer 10 Pf.
Wochensamstag erscheint die Zeitung regelmäßig in den ersten
Nachmittagsstunden; die Sonntagsnummer erscheint später.

Einlagen:
Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familien-
angelegenheiten bis 11 Uhr.
Preis für die Zeitungsbeilage 20 Pf., in Restzahlung 60 Pf.
Für unbedeutend gezeichnete, sowie durch Fernsprecher aus-
gegebenen Anzeigen können nur die Verantwortlichen für die
Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.
Wochensamstag: 10 bis 11 Uhr vormittags.
Für Anzeigen eingetragener Geschäftsleute macht sich die Redaktion
nicht verantwortlich; Rückzahlung erfolgt, wenn Rückporto be-
zogen ist. Briefliche Anfragen sind Anstandslos zu bejahen.

Nr. 28

Geschäftsstelle und Redaktion
Dresden-N. 16, Holbeinstr. 46

Mittwoch den 4. Februar 1914

Fernsprecher 21366

13. Jahrg

Vor dem dritten Balkankrieg?

Die Nachrichten aus dem europäischen Wetterwinkel lauten in letzter Zeit wieder sehr beunruhigend. Obwohl noch ganz unberührt, erhalten sich die Gerüchte von neuen Geheimbündeln auf dem Balkan mit großer Hartnäckigkeit, und man ist versucht, ihnen Glauben zu schenken, wenn man verschiedene Vorgänge der letzten Zeit ins Auge faßt. Und obgleich man in Europa ziemlich allgemein über die Möglichkeit eines baldigen neuen Balkankrieges spricht, scheint man doch nirgends diese Möglichkeit, die doch für ganz Europa von weitesttragender Bedeutung und sehr ernsten Folgen sein kann, ernsthaft in Frage zu ziehen. Mit einer gewissen Sorglosigkeit überfliegt man die Meldungen vom Balkan, die von dem Abschluß eines türkisch-bulgarischen Bündnisses mit der Spitze gegen Griechenland und Serbien oder von der bereits weit vorgeschrittenen Mobilisierung der Türkei und dem erstaunlichen Opfermut und der besorgnisserregenden Revandellust der türkischen Bevölkerung berichten. Und doch ist es heute mehr denn je fraglich, ob die bislang mühsam erhaltene Eintracht zwischen den europäischen Großmächten eine Belastungsprobe aushalten würde; seit dem Bukarester Frieden ist so manches über die vielgepriesene Friedensliebe einiger Großmächte durchgesiebert, daß man zum zweiten Mal nur mit großer Skepsis und unüberwindlichem Mißtrauen das Schicksal Europas in den Händen einer europäischen „Friedenskonferenz“ sehen würde. Die Enthüllungen über das Zustandekommen des Balkanbundes unter russischer Regide mit der Spitze gegen Oesterreich kamen spät genug, um den Balkanfrieden und den Frieden Europas nicht mehr zu gefährden, aber doch viel zu früh, um bei neuen europäischen Beweidungen nicht einen bitteren Vorgeschnack hinterlassen zu haben. Seitdem am Goldenen Horn das Jungtürkentum unter der radikalen Führung Enver Paschas und Talat Behs das Steuer führt, muß Europa jeden Augenblick gewärtig sein, daß der Funke von neuem ins Pulverfaß schlägt und trotz der gewaltigen Erschöpfung der Balkanvölker ein neuer Raub- und Revandellkrieg die verdödeten Dörfer und Ländereien nochmals verwüsten. Und wie die Türkei, so steht auch das junge Albanien, das in seiner jetzigen Gestalt nicht leben und nicht sterben kann, auf dem Sprünge, um jurisdizwertwerden, was ihnen nach ihrer Ansicht gebührt. Albanien will von Serbien und Griechenland die Städte und fruchtbaren Ländereien, ohne die es nimmer bestehen kann, und die Türkei will wenigstens einen Teil seines ehemaligen Besitzes zurück, den ihm der gemeinsame Feind genommen hat. Die bulgarische Erbitterung und Enttäuschung kommt hier den Türken sehr gelegen; Bulgarien hat durch den blutigen Krieg vor allem Mazedonien gewinnen wollen, und dies ist ihm zum großen Teile von den Serben entrissen worden. Thrazien der Türkei und Mazedonien den Bulgaren, so rechnen und verteilen jetzt die Staatsmänner in Konstantinopel und Sofia. Daß diese Annahme nicht bloße Mutmaßung ist, erhellt aus der Tatsache, daß Bulgarien noch nicht alle Teile Thraziens besetzt hat, die ihm nach dem letzten Friedensschlusse zu gefallen sind, daß vielmehr in diesen Teilen immer noch türkisches Militär steht. Das legt die Vermutung sehr nahe, daß im Ernstfall die Türkei ohne weiteres ihre Truppen über die griechische Grenze rücken zu lassen in der Lage sein soll, ohne vorher mit Bulgarien wegen Durchwanderung bulgarischer Gebiete Verhandlungen pflegen zu müssen. So viel steht jedenfalls fest, daß zwischen der Türkei und Bulgarien ein Einverständnis vorhanden ist, das entweder schon zu Geheimabmachungen geführt hat, oder doch sehr leicht führen kann und wird. Wie sich bei einem Neuausbruch des Krieges der Balkan formieren und wie Europa sich alsdann verhalten wird, das ist die bange Frage an die Zukunft. Der Konflikt zwischen Türken und Griechen scheint bereits nahe bevorzustehen. Ob dann Bulgarien mit seinen Forderungen an Serbien herantreten wird, ob dann auch die Albanier den Griechen und Serben ihre Rechnung präsentieren werden, ob dann Rumänien sein Balkanprestige zu wahren suchen wird, ob der russische Bär seine begehlichen Pranken auf Armenien schlagen und Frankreich sich in Syrien niederlassen wird, das alles sind Fragen, die vielleicht schon die nächste Zukunft aufwerfen wird. Darum tun auch wir Deutschen gut, die mögliche Entwicklung der Dinge auf dem Balkan zeitig ins Auge zu fassen, damit wir nicht wieder so verblüht und ratlos den Geschehnissen im Orient zusehen müssen wie vor Jahresfrist.

Sächsischer Landtag

Dresden, den 3. Februar 1914

Zweite Kammer.

Die Zweite Kammer trat heute nachmittags 2 Uhr zu ihrer 36. öffentlichen Sitzung zusammen, der die Staatsminister Graf Bismarck von Eckardt und Dr. Nagel, sowie zahlreiche Kommissare beiwohnten. Die Tribünen waren

stark besetzt, da neben einigen Rechenschaftsachen und Etatkapiteln auch die Fortsetzung der Beratung über die Interpellationen und Anträge betreffend den Arbeitwilligenschutz auf der Tagesordnung stand.

Abg. Sammler (Kons.) referierte zunächst namens der Rechenschaftsdeputation über Kapitel 38 bis 41 des Rechenschaftsberichtes betreffend Justizministerium, Oberlandesgericht und Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgerichte, Landgerichte, Amtsgerichte und Staatsanwaltschaften, allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereich des Justizministeriums. Er beantragte, die bei den Kapiteln Justizministerium, Oberlandesgericht und Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgerichte, sowie Landgerichte, Amtsgerichte und Staatsanwaltschaften vorgekommenen Etatüberschreitungen und außeretatmäßigen Ausgaben nachträglich zu genehmigen.

Abg. Schönfeld (Kons.) referierte an zweiter Stelle über Kapitel 5a bis 6l des Rechenschaftsberichtes, betreffend die staatliche Schlachtviehverversicherung und staatliche freiwillige Viehverversicherung, das Landarmen- und Fürsorgeerziehungswesen, die Armenkrankenpflege und sonstige Ausgaben im öffentlichen Interesse, die Landesgrenze, die Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe zu Leipzig, die Kunstgewerbeschule mit Zeichenschule (Vorschule) und Kunstgewerbemuseum zu Dresden, sowie Kunstschule für Textilindustrie zu Plauen mit Zweigabteilungen, die Technischen Staatslehranstalten zu Chemnitz, das elektrische Prüfamt Chemnitz, die Volkshochschule zu Dresden, Leipzig, Plauen und Jittau mit Tiefbauabteilung in Jittau, Landwirtschaftliche, gewerbliche und Handelschulen, sowie allgemeine Ausgaben für Landwirtschaft und Gewerbe, sowie Landfallamt zu Moritzburg. Der Berichterstatter beantragte auch hier die bei mehreren Kapiteln vorgekommenen Etatüberschreitungen nachträglich zu bewilligen.

Die Kammer schloß sich den Anträgen der beiden Referenten einstimmig und ohne Debatte an.

Abg. Schönfeld (Kons.) berichtete dann über die vom Landtagsausschuß zur Verwaltung der Staatsschulden auf die Jahre 1910 und 1911 abgelegten Rechnungen. Er beantragte die Richtigstellung dieser Rechnungen anzuerkennen. Auch hier beschloß die Kammer ohne Debatte demgemäß.

Abg. Dr. Steche (Nat.) berichtete nunmehr über Kapitel 67 betreffend Technische Deputation. Er beantragte, nach der Vorlage die Einnahmen mit 900 Mark zu genehmigen und die Ausgaben mit 13 800 Mark zu bewilligen. Die Kammer beschloß auch hier ohne Debatte demgemäß.

Es folgte nun die Fortsetzung der Debatte über den Arbeitwilligenschutz resp. die Bestimmung der Interpellationen der Abg. Dr. Kaiser und Castan, sowie die allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abg. Dr. Böhme. Außerdem wurde noch der bereits am Donnerstag von dem Abg. Held gestellte Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend die Sicherung des Koalitionsrechtes mit beraten.

Der Antrag war von dem Abg. Castan gestellt und hatte folgenden Wortlaut:

Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß 1. alle das freie Koalitionsrecht einschränkende und seine Ausübung erschwerende gesetzlichen Bestimmungen in Reich und Bundesstaaten beseitigt werden; 2. die unbeschränkte Koalitionsfreiheit durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen sichergestellt, insbesondere die Einschränkung oder gar das Verbot des Streikpostenstehens durch lokale Behörden unmöglich gemacht und 3. das Koalitionsrecht allen Arbeitern und Angestellten gewährleistet wird.

Abg. Binkler (Soz.) begründete zunächst den vorstehenden Antrag Castan in zirka zweistündigen weitläufigen Ausführungen. Er griff u. a. auch die bürgerliche Presse an, die immer gegen die Sozialdemokratie schreibe und Fälle von sozialdemokratischem Terrorismus veröffentliche, die überhaupt nicht wahr seien.

Abg. Sekretär Dr. Schanz (Kons.) beantragt zunächst, die Anträge Dr. Böhme und Castan der Gesetzgebungsdeputation zu überweisen. Die konservative Partei halte den gegenwärtigen Schatz der Arbeitwilligen nicht für ausreichend. Sie sehe in dem Verbot des Streikpostenstehens das praktisch durchführbare Mittel, um den vielen Unzuträglichkeiten bei Streiks usw. zu begegnen. Als ein Mittel betrachte seine Partei ein derartiges Verbot nicht. (Lärm links.) Er sei auch nicht in der Lage, ein durchgreifendes Mittel zu nennen, doch würden sich seine Freunde bemühen, Mittel und Wege zu finden, um die Belästigungen und Unannehmlichkeiten bei den jetzigen Lohnbewegungen nach Möglichkeit abzumildern. Wer einmal mit angesehen habe, wie die Streikposten monatlang auf der Straße gestanden und die Passanten belästigt haben, der werde sicher auch für ein Verbot des Streikpostenstehens eintreten. Die Herren von der linken Seite des Hauses müßten die Er-

fahrung erst einmal am eigenen Leibe machen, dann werde aus dem Saulus ein Paulus werden. (Zuruf des Abg. Fröhndorf: Dann ist es gut, wenn ein geschickter Bürgermeister da ist.) Bezüglich der Interpellation Castan bemerke er, daß nach seiner Meinung das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht vollständig sichergestellt sei, so daß ein weiterer Schutz nicht notwendig werde. Für die Verschleppung des Strafverfahrens bei Streikvergehen danke er dem Justizministerium. Man könne der Behörde nur dafür dankbar sein, wenn sie für eine schnelle Vollstreckung der Urteile eintrete. Je rascher die Tat begangen sei, um so rascher müsse auch die Sühne erfolgen, denn dadurch werde nur das Gefühl der Gerechtigkeit erhöht. Dem Antrag Castan, der heute hier mit zur Verhandlung stehe, könne er nicht zustimmen.

Abg. Günther (Fortf.) bemerkt, daß auch diese Ausführungen von konservativer Seite den Beifall der Sozialdemokraten gefunden hätten. (Lachen und Lärm auf der Tribüne.)

Präsident Dr. Vogel verlangt energisch Ruhe auf den Tribünen, da er sonst gezwungen sei, dieselben räumen zu lassen.

Abg. Dr. Zöphel (Nat.) befragt zunächst die Stellung des Zentralverbandes der deutschen Industriellen zur Frage des Arbeitwilligenschutzes und betont, daß er es für richtig halte, wenn sich dieser Verband mit dem Verbands der sächsischen Industriellen auf einen gemeinsamen Boden stelle. Er könne dem Zentralverbande der deutschen Industriellen den Vorwurf nicht ersparen, daß er nach dieser Richtung hin viel versäumt habe, doch habe er sich in letzter Zeit mehr modernen Bestrebungen zugewendet. Merkwürdig sei auch das Bündnis des Zentralverbandes mit dem Bunde der Landwirte. Jedenfalls sei es in der jetzigen Zeit nicht richtig, wenn man die großen Organisationen gegeneinander hebe. Die Richtigkeit des Verbotes des Streikpostenstehens sei übrigens auch teilweise auf konservativer Seite eingesehen worden.

Präsident Dr. Vogel gibt angesichts der vorgeschrittenen Zeit die Tagesordnung für die am Donnerstag mittags 1 Uhr stattfindende nächste Sitzung bekannt. Zur Beratung gelangen die Anträge des Abg. Schönfeld betreffend die Herabsetzung der Verpflegelder für Geisteskranken, sowie die Anträge der konservativen und nationalliberalen Fraktion betreffend die Förderung des mittleren und kleinen Grundbesitzes.

Abg. Bie ner (Nat.) verbreitet sich, nachdem eine ganze Anzahl Theoretiker über die Frage des Arbeitwilligenschutzes gesprochen hätten, als Praktiker, der mitten im Gewerbe stehe, hierüber.

Abg. Krauske (Soz.) wendet sich besonders scharf gegen die Unternehmerorganisationen und ihre Maßnahmen gegenüber der Arbeiterschaft. Der Antrag zum Schutze des Koalitionsrechtes sei durchaus notwendig. Weiter wandle sich der Redner gegen das Vorgehen der Gerichte und der Polizei bei Streiks und die nach seiner Meinung zu hohen Strafen. Es gebe sogenannte Arbeitwillige, die nur dann arbeiten, wenn irgendwo ein Streik ausgebrochen sei, bei welcher Gelegenheit sie einige Groschen mehr verdienen wollten. Gerade durch diese Leute werde in den Kreisen der anderen Arbeiter Erbitterung hervorgerufen. Welche Maßnahmen auch ergriffen werden sollten, eins müsse jedenfalls bedacht werden, daß die Arbeiterschaft nicht mit sich spaßen lasse.

Abg. Schmidt-Freiberg (Kons.): Nachdem bereits in so ausführlicher Weise über Arbeitwilligenschutz und Koalitionsrecht debattiert worden sei, erlaube es sich sehr schwer, noch weiter darüber zu reden. Hier herrsche ein Ausnahmezustand und es sei auch berechtigt, ein Sondergesetz für die viel erörterten Zustände zu erlassen. Wenn heute keine Maßnahmen gegen die Uebergriffe bei Streiks usw. getroffen würden, dann würde noch die gesamte Arbeiterschaft in die Hände der Sozialdemokratie getrieben, welche die Koalitionsfreiheit zu einem Koalitionszwang ausbauen wolle. Die Arbeiterschaft solle lediglich unter dem Kommando der Streikführer gezwungen werden. Eigentlich seien die Konservativen die Schützer des Koalitionsrechtes. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Rede des Abg. Dr. Kaiser erlaube ihm wie eine trockne Pelzwäsche und die Geschlechter der Sozialdemokraten seien bei den Ausführungen dieses Redners von Satz zu Satz länger geworden. Den Vorwurf, daß unsere Richter Klassenjustiz treiben, müsse er scharf zurückweisen, denn das sei eine Verleumdung des gesamten Richterstandes. Der Redner wandle sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Held und bemerke, daß die anderen Redner der Linken sich mehr mit allgemeinen Dingen beschäftigten hätten, ohne ins Einzelne zu gehen. Wenn man von Syndikaten und Trusts spreche, so seien dies freie Vereinigungen, zu denen der Beitritt ein freiwilliger sei, während der Eintritt in die Gewerkschaften durch Zwang erfolge. Der Redner besprach dann die Auslegung der Kaufmanns-